

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

49. Jahrgang.

Donnerstag, den 9. Januar

Erst erscheint

wöchentlich drei Mal und zwar  
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-  
abend. Insertionspreis: die  
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im  
amtlichen Theile die gespaltene  
Zeile 30 Pf.

### Abonnement

vierteljährlich 1 R. 20 Pf. einschließl.  
des „Amts-Unterhaltungsbl.“  
u. der Humor-Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unsern Boten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

N. 4.

1902.

### Die Anmeldung der Militärpflichtigen zur Rekrutierungs- Stammrolle betreffend.

In Gemäßheit der Bestimmungen der §§ 25 und 57 I der deutschen Wehrordnung vom 22. November 1888 werden die hier aufhältlichen Militärpflichtigen, die  
a. im Jahre 1882 geboren, sowie  
b. in den Vorjahren zurückgestellt worden sind,  
hiermit aufgefordert, sich innerhalb der Zeit

vom 15. Januar bis zum 1. Februar 1902

in der hiesigen Rathregistratur zur Rekrutierungsstammrolle anzumelden.  
Die Militärpflichtigen aus den früheren Jahrgängen haben ihren Lösungsschein, die im Jahre 1882 anderwärts geborenen Militärpflichtigen das Geburtszeugniß mit zur Stelle zu bringen.

Sind Militärpflichtige, welche sich zur Stammrolle anzumelden haben, zeitweilig von hier abwesend (auf der Reise begriffene Handlungsdiener u. s. w.), so hat die Anmeldung durch die betreffenden Eltern, Vormünder, Lehr- oder Fabrikherren zu erfolgen.

Diejenigen, welche die vorgeschriebene Anmeldung zur Stammrolle unterlassen, werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.  
Eibenstock, den 7. Januar 1902.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Müller.

### Abendschule für weibliche Handarbeiten.

Wiederbeginn des Unterrichts in der Abendschule für Frauen und Mädchen

Donnerstag, den 9. Januar 1902.

Der Unterricht verfolgt den Zweck, Frauen und konfirmirten Mädchen, die den Tag über in Anspruch genommen werden, Gelegenheit zur Erlernung der nothwendigsten weiblichen Handarbeiten zu geben.

Der Unterricht findet wöchentlich zwei Mal und zwar **Montags und Donnerstags** **Abends von 7,30 Uhr bis 9,10 Uhr** statt und umfaßt:

„Zuschneiden und Nähen, Ausbessern und Stopfen von Wäsche und Bekleidungsgegenständen und Herstellung einfacher Kleider.“

Für den Unterricht sind monatlich 50 Pf. im Voraus zu bezahlen. Das erforderliche Material ist mitzubringen.

Die Anmeldungen können am vorgenannten Tage wie auch später unmittelbar vor Beginn des Unterrichtes, welcher in

der alten Bürgerschule Nr. 7

stattfindet, erfolgen.

Eibenstock, den 7. Januar 1902.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

2.

### Die Zukunft Südafrikas.

In der „Finanz-Chronik“ gelangen die Beiträge „aus dem Kriegstagebuch einer deutschen Frau“, die unter der Ueberschrift „Zurück von Transvaal“ erschienen, mit dem 5. Briefe zum Abschluß. Der letzte dieser Briefe, der mehr der Zukunft als der Vergangenheit gilt, klingt für die britische Regierung nicht weniger als tröstlich aus. Bei der, trotz aller Unparteilichkeit, immerhin von einer gewissen Voreingenommenheit für England durchwehten Haltung dieser Beiträge, dürfte das Schlusswort dieser scharfen Beobachterin und Beurtheilerin der ihr genau bekannten Verhältnisse und Zustände, im Vaterlande John Bull kaum eine erquickliche Lektüre bilden. Nachdem nochmals auf die in den Kreisen der loyalen Elemente der Kapkolonie herrschende Mißstimmung hingewiesen worden, heißt es weiter:

„Wovon man sich nunmehr überzeugt hält und worüber man früher leicht hinweggehen zu können vermeinte, ist, daß eine gedeihliche Entwicklung Südafrikas nur Hand in Hand mit der einheimischen Burenbevölkerung zu erzielen ist. Ueber ihren Kopf hinweg kann man Südafrika nicht glücklich machen. Die guten Dinge, die das Gelingen der freiwilligen und geregelten britischen Verwaltung bilden, reichen dafür nicht aus. Zur vollen Entwicklung der großartigen natürlichen Hilfsquellen des afrikanischen, unter dem Sambezi gelegenen Kontinents gehört der Buren. Ohne ihn bringt man es nicht fertig. Man kann nicht über ihn hinweg einfach zur Tagesordnung übergehen. Er kann nicht nur viel fördern, er kann leider auch noch mehr verhindern. So lange der Buren nicht zufrieden ist, ist auch an seine Ruhe zu denken, und da der innere Friede die Vorbedingung des Gedeihens bildet, so bietet die Burenfrage das schwierigste Problem, mit dem man sich zu befassen haben wird, und dessen Lösung auf dem Wege der jetzt ins Auge gefaßten „Britannisierung“ von ganz Südafrika den gewünschten Erfolg nicht verspricht. Darüber ist man sich in südafrikanischen Kreisen ziemlich klar, und so sehr man auch wünscht, unter britischer Flagge zu leben, so stark die Anhänglichkeit der britischen Bevölkerung an das „old country“ auch immer ist, so befehlt die in Südafrika ansässige Bevölkerung doch ein anderer Gedanke mehr, und das ist das Afrikanertum, das in dem Wahlspruch gipfelt: „Africa für die Afrikaner.“

Allgemein waltet die Ueberzeugung vor, daß das Heil Südafrikas nur in der Abstreifung aller bedrückenden Fesseln gelegen ist; daß die Leitung der inneren Politik von London aus die Schuld an allen Wirren trägt, von denen Südafrika heimgeheuchelt worden ist; daß die Unkenntnis der der Kolonie aufgezungenen Gouverneure und ihre Unvertrautheit mit den südafrikanischen Verhältnissen und dem Charakter der weißen und schwarzen Bevölkerung, mit den daraus fließenden Fehlern in der Behandlung derselben, Mangel an Takt und träge Ungeklärtheit, die Kriege mit den Basutos, Zulus und den Buren heraufbeschworen und dadurch die gedeihliche Entwicklung ganz Südafrikas von Zeit zu Zeit regelmäßig unterbrochen haben.“ Ganz zutreffend ist diese Behauptung nicht. Zum großen Theil aber ist sie, wenn man sich Lord Carnarvons und Sir Bartle Freres als Gouverneure und Sir Garnet (jetzt Lord) Wolseley als Administrator erinnert, vollständig begründet. Von allen diesen Vertretern der Krone und Vollzugsverweigerern der jeweiligen britischen Regierung wurden die Buren der Republiken immer vor den Kopf gestoßen und zum Keufersten getrieben, was sich auch, und bestimmt nicht in letzter Reihe, von der Chamberlain-Wilnerischen Politik sagen läßt, die, wenn sie auch der britischen imperialistischen Politik diene, dies doch nur auf Kosten des armen Südafrika gethan hat.

Der Mangel an Platz gestattet nicht, auf die interessanten Ausführungen weiter einzugehen. Kurz zusammengefaßt lauten sie dahin, daß das Ende des Krieges nicht auch das Ende der südafrikanischen Wirren bedeute; daß die Buren sich nie unter

die britische Herrschaft fügen und in ihr Schicksal ergeben werden; daß die loyalen Elemente in ihrer Anhänglichkeit an England nicht soweit gehen, um sich wieder auf dem Altar des britischen Weltreichs hinzopfern zu lassen. Der Abfall Südafrikas von England erscheint der Verfasserin nur als eine Frage der Zeit, die vielleicht näher liege, als man glaubt.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. In der offiziellen „Nordd. Allg. Ztg.“ lesen wir die nachsichtige bemerkenswerthe Anklaffung: „Der bevorstehende Besuch Sr. königl. Hoheit des Prinzen von Wales wird in einem englischen Blatt auf eine dringende Einladung Sr. Majestät des Kaisers und Königs zurückgeführt. In Wirklichkeit hat Sr. Majestät der König von England durch seinen hiesigen Botschafter Sr. Majestät dem Kaiser die Absicht, zur Beglückwünschung Allerhöchstdesfalls am 27. Januar den Prinzen von Wales zu entsenden, mittheilen lassen. Sr. Majestät der Kaiser hat den Prinzen als Gast an Allerhöchstdesfalls Geburtstag gern willkommen geheißen.“ — Man kann nicht umhin, diese offenerzige Nichterregung als sehr erfreulich zu bezeichnen. Der englische Hochmuth hat es natürlich nicht zugeben wollen, daß ein englischer Prinz spontan an den deutschen Hof kommt, der Alt mußte der britischen und womöglich auch der deutschen Lektüre als ein Ausfluß der englischen Höflichkeit gegenüber den dringenden Bitten des deutschen Kaisers dargestellt werden. Thatsächlich ist die Sache umgekehrt: England empfindet das Bedürfnis, gute Beziehungen mit uns zu halten und so ist der Prinz von Wales ausserhalb, zum kaiserlichen Geburtstag jene kleinen Gesandte mitzubringen, die die Freundschaft erhalten. Daß die „Norddeutsche“ über diesen Thatbestand Klarheit verbreitet, ist durchaus dankenswerth.

— Der protestantische Centralkirchenverband der Stadt Worms hat dem Kaiser ein Huldigungstelegramm zugehen lassen und darin seine Zustimmung zu der vom Kaiser in Gotha angeregten Gründung einer deutsch-protestantischen Nationalkirche ausgesprochen.

— Gegen die in einzelnen Blättern erfolgten Ausregungen, der deutschen Regierung im Reichstage nahe zulegen, auf Grund der Beschlüsse der Haager Friedenskonferenz im Verein mit anderen Mächten gegen die englische Kriegsführung in Südafrika Einspruch zu erheben, wendet sich eine Zuschrift der „Südd. Reichs-Post“, in der nochmals darauf hingewiesen wird, daß die englische Regierung vor Bescheidung der Konferenz keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß sie deren Beschlüsse und Ergebnisse für das Verhältnis Großbritanniens zu den südafrikanischen Freistaaten nicht anerkenne. Ein Einspruch gegen diese Auffassung, der naturgemäß nur von den die Eröffnung des Kongresses betreibenden Stellen, also von Rußland oder den Niederlanden, hätte ausgehen können, sei nicht erfolgt. Er würde, ebenso wie eine Einladung der Burenstaaten nach dem Haag, das Fernbleiben Englands und damit das Scheitern des Zusammentritts der Konferenz zur Folge gehabt haben. Dieser Sachlage entsprechend habe die internationale Kommission im Haag, als sie vor nicht langer Zeit mit einem Antrage zu Gunsten der Buren befaßt wurde, sich für unzuständig erklären müssen, und von russischer Seite sei über das Verlangen der Buren des Friedenskongresses in der südafrikanischen Frage nie ein Wort verloren worden. Weiter heißt es: „Nach solchen Vorgängen liegt es außerhalb des Rahmens einer ernsthaften und praktisch gangbaren Politik der deutschen Regierung, irgend welche Schritte bei den Mächten unter Berufung auf die Haager Beschlüsse zu empfehlen. Sogar in der republikanischen Schweiz, deren Verfassung auf der Anerkennung einer unmittelbaren Volkshoheit beruht, hat jüngst

der Bundesrath zu den Initiativanträgen der Kantone Bern und Solothurn gegen die südafrikanischen Konzentrationslager erklärt, er könne bei der Wahrung der auswärtigen Angelegenheiten keine Direktiven von der gesetzgebenden Körperschaft entgegennehmen. Für eine nicht den Streit verschärfende, sondern wirklich dem Frieden unter den Regierungen wie den Völkern dienende Mitwirkung dritter Mächte zur Beendigung des Burenkrieges hat sich bisher keine Gelegenheit geboten. Ob es im weiteren Verlaufe der Dinge dazu kommen könnte, vermag zur Zeit Niemand zu beurtheilen. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der richtige Augenblick zu einer geehrlichen Vermittelung in diesem Kriege überhaupt nicht eintreten wird. Sollte er dennoch erscheinen, so wird die verantwortliche Diplomatie ihn mit mehr Sicherheit erkennen und ausnutzen können als eine von noch so wohlmeinenden Absichten erfüllte Volksvertretung.“

— Vor fünfzig Jahren, am 7. Januar, wurde, wie ein demokratisches Organ erinnert — ob das Datum genau stimmt, thut wenig zur Sache — vom Bundestag der Beschluß gefaßt, die deutsche Flotte aufzulösen. Das klingt der neuen Generation wie ein Märchen aus alter Zeit. Und doch ist es lehrreich, an die traurige Episode aus der deutschen Geschichte zu erinnern. Das Jahr 1848 hatte auch eine deutsche Flotte geschaffen; sie ging in wenigen Jahren an politischen Krisen und an Geldmangel jämmerlich wieder zu Grunde. Ende 1851 und Anfang 1852 hielt diese unglückliche „Nordsee-Flotte“ monatelang den Frankfurter Bundestag in Athen und aus einem hartnäckigen Feilschen um eine unbedeutende Geldsumme erwuchs allmählich ein Streit über die fundamentalen Fragen der ganzen Bundesverfassung. Darüber schreibt H. v. Sybel in seiner Begründung des Deutschen Reichs: „Die deutsche Flotte jener Jahre war ausgerüstet worden für die damals in nächster Zukunft erwartete deutsche Reichsgewalt. In diesem Sinne hatte Preußen bereitwillig die Zahlung eines matrifularmäßigen Beitrags geleistet und damit den größeren Theil der Kosten geliefert, während Oesterreich und eine Anzahl der binnländischen Staaten mit ihren Zahlungen ganz oder theilweise zurückgeblieben waren. Eben an deren Widerstand war dann die beabsichtigte Reichsgewalt in Rauch aufgegangen, die Flotte aber bestand, und über die Aufbringung ihrer Kosten war Beschluß zu fassen. Schon auf den Dresdener Konferenzen zeigte sich bei den binnländischen Staaten eine geringe Neigung für die Erhaltung einer deutschen Kriegsmarine. Man jante sich so etliche Jahre über die Kosten und Kompetenzen. Bei den Mittelstaaten waltete die Ansicht vor, Oesterreich möge die Flotte auf der Adria, Preußen die der Ostsee, die anderen Staaten die der Nordsee stellen.“ Als der Plan der Trias zur Abstimmung gelangte, erhielten, wie der Berichterstatter des Marine-Ausschusses zugestehen mußte, ein Ergebnis der unseugbar traurigsten Art. Denn nicht genug, daß die Vota so weit auseinander liefen, daß fast jedes derselben — wenigstens in einzelnen Modalitäten — eine andere Richtung verfolgte, legten einzelne Stimmen von vornherein gegen etwa noch offen stehende Auswege Verwahrung ein. Kein besseres Schicksal hatte dann der Versuch, einen engern Staatenverein zur Erhaltung der Nordsee-Flotte zu Stande zu bringen. Die Schwierigkeit lag hier sehr einfach darin, daß die kleineren Küstenstaaten, so gerne auch Hannover Bundes-Admiral der Nordsee geworden wäre, ohne Preußen nicht die Kraft, und mit, d. h. unter Preußen, nicht die Neigung zur Uebernahme der Aufgabe hatten. So war die Sache hoffnungslos schon im Februar 1852, als der Bund die Auflösung der Flotte verfügte, falls nicht jener Staatenverein bis zum April zu Stande komme. Bei dem Eintritt des Termins war dies nicht geschehen, und die Flotte verfiel zum Kummer und zum Skandale von ganz Deutschland dem Auktionator. Die Schiffe wurden durch den Oldenburger Staatsrath Hannibal Fischer öffentlich versteigert.“ — Das war vor einem halben Jahrhundert. Aber erst in den letzten Jahren ist endlich im deutschen Volke die Ueberzeugung durchgedrungen, daß